



Presseinformation

16. Dezember 2025

Wachsende Biberpopulation: Niederösterreich fordert EU-Kurswechsel

Zu viele Biber, zu viele Schäden – Schutz von Menschen, Eigentum und Nutzung braucht neue Antworten

„Der Biber ist in Niederösterreich längst zu einer ernsthaften Herausforderung geworden. Die Bestände sind vielerorts extrem hoch, Schäden nehmen zu – deshalb braucht es auf EU-Ebene unbedingt eine Senkung des Schutzstatus, um Entnahmen künftig wirksamer zu ermöglichen“, betont Naturschutzlandesrätin Susanne Rosenkranz. „Auf Landesebene wird Niederösterreich alles ausschöpfen, was innerhalb des engen EU-Rahmens möglich ist.“

Der strenge Schutzstatus hat dazu geführt, dass sich der Biber als streng geschützte Art in vielen Regionen Niederösterreichs in großer Zahl ungehindert ausbreiten kann. Eingriffe zeigen oft nicht die gewünschte Wirkung: Wo Tiere entnommen werden, entstehen kurze Zeit später neue Bauten in unmittelbarer Nähe. Schäden an Flächen, Wegen und Schutzanlagen werden dadurch zur Dauerbelastung. Begünstigt wird diese Entwicklung insbesondere durch eine europäische Artenschutzpolitik, deren Anforderungen deutlich über das Ziel hinausschießen.

Um genau darauf zu reagieren, arbeitet Niederösterreich derzeit an einer fachlich und rechtlich fundierten Novelle. Diese soll es ermöglichen, die bestehenden Spielräume konsequenter zu nutzen. In enger Abstimmung mit Fach- und Rechtsexperten sowie unter Berücksichtigung der Praxis anderer EU-Mitgliedstaaten soll die Novelle so ausgestaltet, dass rasches Eingreifen möglich wird, ohne ein Vertragsverletzungsverfahren zu riskieren. Vorbeugende Maßnahmen bleiben weiterhin ein zentraler Bestandteil des Umgangs mit dem Biber und werden dort eingesetzt und gefördert, wo sie wirksam sind. Gleichzeitig gehören jedoch auch gezieltere Entnahmen zu einem verantwortungsvollen und realistischen Umgang mit der Art.



Presseinformation

Klar ist: „Eine grundlegende Änderung des Schutzstatus kann nur auf europäischer Ebene erfolgen. Diese Diskussion muss auch beim Biber offen und faktenbasiert geführt werden“, so Rosenkranz. Das zeigt etwa das Beispiel Wolf, bei dem erst nach einem langen und intensiven Austausch innerhalb der EU Bewegung möglich wurde. „Die EU-Politik zum Biber geht wie so oft an den Problemen der Bevölkerung vorbei“, hält die Landesrätin fest.

Im Mittelpunkt stehen die Menschen, die betroffen sind: Bürgerinnen und Bürger, Landwirte und jene, die Flächen bewirtschaften. Wenn Böden dauerhaft nass werden, Felder nicht mehr nutzbar sind oder Einkommen verloren gehen, darf der Staat nicht wegsehen. Ein zentrales Instrument dabei soll eine Regelung sein, die schnelle Entscheidungen und rasches Handeln ermöglicht. Sie soll ermöglichen, sofort einzutreten, wenn sich Schäden abzeichnen oder unmittelbar drohen.

„Naturschutz darf nicht gegen die Menschen stehen“, betont Naturschutzlandesrat Susanne Rosenkranz. „Es braucht Hausverstand, klare Regeln und entschlossenes Handeln. Genau daran wird jetzt gearbeitet.“

Weitere Informationen: Büro LR Susanne Rosenkranz, Elisabeth Schmidt,
Pressereferentin Mobil: 0676/812 13 797, E-Mail elisabeth.schmidt@noel.gv.at